

Auge fassen, sondern für eine große Anzahl von Batterien die Bespannung sämtlicher sechs Batteriegeschütze bereits im Frieden, sowie für die Feldbatterien an der Grenze analog der französischen Einrichtung die Einstellung von bespannten Munitionswagen vorsehen. Diese Forderungen dürften das Minimum dessen sein, was gegenüber der numerischen Ueberlegenheit der französischen Feldartillerie, die 576 Geschütze mehr zählt, als die deutsche, anzustreben bleibt.

Nach einer amtlichen Meldung aus Apia vom 8. Januar ist der am 18. December verwundete Lieutenant Spengler am 31. December gestorben. Das Befinden der übrigen Verwundeten ist gut, deren Namen sind erst mittelhilbar nach Eintreffen der brieflichen Meldungen, etwa Mitte Februar.

Während die „Kreuzzeitung“ mittheilt, daß Justizminister Dr. v. Friedberg sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, liefen in parlamentarischen Kreisen Gerüchte um, wonach auch der Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten v. Simson zu erwarten sei. Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus.

Vom Reichstag. Bei der Verathung des Etats der Verwaltung der Reichseisenbahnen am Donnerstag wies Abg. Petri auf die ählichen Mißstände in Elsaß-Lothringen in Folge des Postzwanges hin, wodurch die Wiedereinnahmen im Personen- und Güterverkehr entständen und ersuchte den Reichstag darauf hinzuwirken, daß der Postzwang abgeschafft werde. Staatsminister von Boetticher entgegnete, je mehr Elsaß-Lothringen dazu beitrage, die Verbindung mit Frankreich nicht zum Schaden Deutschlands auszunutzen, werde eine Abschwächung, vielleicht die Aufhebung des Postzwanges erwogen werden können. Jetzt erscheine diese Maßregel im Interesse des Friedens und der nationalen Wohlfahrt als durchaus notwendig. Abg. von Stauffenberg trat den Ausführungen des Abg. Petri bei. Abg. Windthorst wünschte entschieden Remedur. Abg. Wiquel erklärte es für wünschenswerth, daß die Regierung auf die untergeordneten Verwaltungsorgane ein scharfes Auge habe, damit die Mißgriffe beseitigt würden. Beim Postetat klagte Abg. Singer über die Postverwaltung, die den Socialisten gegenüber ihre sonstige Feindschaft vermissen lasse, auch in unberechtigter Weise die Kreuzbandendungen an die Socialisten öffne. Staatssekretär v. Stephan wies Singer's Beschwerden als in keiner Weise substantiirt zurück. Die Vorenthaltung von Briefen und Druckfachen erfolge einzig allein auf die Verfügung des Staatsanwalts und des Richters. Auf eine Anfrage des Abg. Richter erklärte der Director des Reichspostamts Fischer, von einer Absicht, die besser dotirten Stellen im höheren Postdienst verabschiedeten Officieren zugänglich zu machen, sei ihm nichts bekannt. Abg. Engler bat, daß in Laß ein neues Postgebäude errichtet werde. Staatssekretär von Stephan sagte die wohlwollende Berücksichtigung im nächsten Etat zu. Nach der Genehmigung des Kapitels der Centralverwaltung wurde die Verathung auf Freitag Mittag ein Uhr vertagt.

Frankreich. Es erhält sich das Gerücht, der Rücktritt Goblets stehe bevor. Man soll bereits versucht haben, den Minister des Auswärtigen aus dieser wichtigen Stellung, für die er weder die nötige moralische Selbstbeherrschung, noch die erforderliche politische Ruhe besitzt, zu entfernen; man hat ihn mehrfach vergeblich auf die Uebernahme des Unterrichts-Ministeriums verwiesen. Man rechnet nun angeblich auf seinen Austritt aus dem Cabinet bei Gelegenheit der Verathung des Besetzungswurfs über die Wiedereinführung der Arrondissementswahlen. Goblet ist ein entschiedener Anhänger der Listenwahl und hat sich für dieselbe derartig engagirt, daß er unmöglich im Cabinet wird bleiben können, wenn die Arrondissementswahlen angenommen werden. Goblet war bekanntlich derjenige Minister, der aus Anlaß der Schnebele-Affäre zum Kriege drängte.

Die Führer der republikanischen Partei wie die Mitglieder der Regierung bekunden noch immer eine große Züversicht und erklären, daß trotz des boulangistisch-monarchistischen Bündnisses die Niederlage Boulangers zweifellos sei; die Boulangisten tragen aber dieselbe Züversichtlichkeit zur Schau und erachten nur eine Stichwahl für möglich, was aber auch an dem Endresultate, nämlich der Wahl Boulangers, nichts ändern werde. Inzwischen ist die Erbitterung der beiden Parteien auf das höchste gestiegen und kaum noch einer weiteren Steigerung fähig, obgleich die Wahl erst am Sonntag, den 27. d., stattfindet.

England. Unter den Vorlagen, welche das Parlament bei seinem Wiederzusammentritt am 21. l. erwarten, befindet sich auch eine, welche die Wehrhaftigkeit des Landes betrifft. Sirs-Brach, der Präsident des Handelsamtes, erklärte in einer dieser Tage an seine Wähler in Clifton gehaltenen Ansprache, die

wichtigste Aufgabe der nächsten Session werde die sein, hinlängliche Vorsorge für die nationale Vertheidigung zu treffen! Man darf auf die Vorlage begierig sein; bis jetzt ist der Gegenstand immer nur in den engsten Grenzen, vom Gesichtspunkte der Vertheidigung des Inselreiches selbst, und auch in dieser Beschränkung nur äußerst kümmerlich behandelt worden.

Nach einer Mittheilung des „Daily Chronicle“ hat die englische Regierung Mittheilungen über Stanleys Sicherheit. Jüngste Briefe von Stanley werden demnächst in London veröffentlicht werden. Es sollen indessen „gewisse Gründe“ vorhanden sein, warum der genaue Aufenthalt des bekannten Reisenden nicht öffentlich angegeben werden sollte.

Belgien. Die Verlobung der Prinzessin Klementine von Belgien dürfte nächstens offiziell angekündigt werden. Der Widerstand der katholischen Partei gegen die geplante Vermählung mit dem Thronerben von Italien scheint erfolgreich gewesen zu sein. Der Merikale „Courier de l'Esant“ theilt die bevorstehende Verlobung der jungen Prinzessin mit ihrem Vetter Balduin von Flandern mit.

Amerika. Präsident Cleveland hat in der Samoa-Angelegenheit dem Congresse der Vereinigten Staaten eine Botschaft zugehen lassen, wonach Deutschland erklärt habe, es wünsche weder die eingeborene samoanische Regierung zu stürzen, noch die vertragsmäßigen Rechte Amerikas zu beeinträchtigen, vielmehr laße es die Vereinigten Staaten zur gemeinsamen Wiederherstellung der Ruhe auf den Inseln ein. Der Präsident erklärt, jene deutschen Vorschläge könnten leicht zu einem Uebergewicht der deutschen Macht in Samoa führen und die jüngsten Ereignisse machen den Argwohn rege, Deutschland werde sich nicht mit einer neutralen Stellung in Samoa begnügen. (Diese Aeußerung Cleveland's kann in Deutschland nur verstimmen. Gegenüber den ausdrücklichen Erklärungen der deutschen Reichsregierung noch von einem „Argwohn“ zu sprechen, überschreitet die diplomatischen Anstandsgrenzen.)

Afrika. Aus Sansibar liegt wieder eine Probstpost vor. Die katholische Missionsstation bei Pupu ist von Rebellen überfallen worden und es sind zwei Brüder und eine Schwester ermordet, drei Brüder und eine Schwester gefangen worden. Einem Bruder ist es gelungen, sich durch die Flucht zu retten.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 18. Januar 1889.

— In der gestern unter Vorsitz des Herrn Wollewarenhandeler Schuster abgehaltenen Sitzung des Gewerbevereins, in welcher derselbe den Mitgliedern ein günstiges Vereins- und Geschäftsjahr wünschte, wurden zunächst zwei Offerten von Vorträgen abgelehnt. Sodann gelangte ein Schreiben des Stadtraths zum Vortrage, in welchem derselbe dem Verein für die dem Fond zur Begründung eines Bürgerhospitals überwiesenen 150 Mk. seinen Dank ausspricht. Dergleichen wurde von einem Dankschreiben des Herrn Schuldirector Bach für die vom dem Verein zur Verwendung für Schüler der hiesigen gewerblichen Fortbildungsschule gespendeten 50 Mk. Kenntniß genommen. Herr Bildhauereibesitzer A. Hörig sprach dem Vereine im Auftrage des hiesigen Stammtisches zum Kreuz für den demselben zugewendeten Beitrag den Dank aus und bemerkte zugleich, daß der Beitrag bei der Weihnachtsgesamtheit Verwendung gefunden habe. Auf ein Gesuch des Herrn Schuldirector Bach, von dem Reingewinn aus der 1888er Ausstellung die Büsten Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm I. und Sr. Maj. des Königs Albert für die Schulaula zu beschaffen, wurde einstimmig beschlossen, für genannten Zweck die Summe von 75 Mark zu verwilligen. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, den erwähnten Büsten, wenn möglich, auch noch die Büste Sr. Maj. des Kaisers Wilhelm II. beizufügen. Herr A. Hörig wurde beauftragt, sich wegen Beschaffung der Büsten an geeignete Bezugsquellen zu wenden. Weiter theilte der Herr Vorsitzende mit, daß auf sein Ansuchen dem Verein eine Besichtigung der hiesigen neuen Dampfmahlmühle von den Herren Besitzern in zuvorkommender Weise gestattet worden sei und daß er demzufolge einen Besuch des Etablissements für einen der nächsten Monate in Aussicht genommen habe. An Stelle eines aus dem Vereine ausgeschiedenen Mitgliedes wurde Herr A. Hörig in den Ausschluß des Vereins gewählt und von demselben die Wahl dankend angenommen. Der Fragelasten war leer.

— Bei der am Sonnabend, den 12. Januar, abgehaltenen sogenannten „Keinen Jagd“ auf Jahnschäufener Revier, Prausitz, Pahrenz, Kobeln und Heyda berührend, wurden 120 Hasen geschossen. Dem Ver-

nehmen nach soll vor Schluß der Jagdzeit noch eine zweite solche Jagd abgehalten werden.

— Im nahen Strehla findet von morgen Sonnabend, den 19. d., bis mit Montag, den 21. d., eine Geflügelausstellung statt, auf die wir die Freunde der Geflügelzucht auch an dieser Stelle aufmerksam machen wollen. Diese Ausstellungen waren immer recht gut besucht und es wird gewiß auch die diesjährige gegen die früheren nicht zurückstehen.

— Die Eisdecke der Elbe erstreckte sich am Donnerstag mit nur geringen Unterbrechungen von Diesbar Stromaufwärts bis oberhalb Blasewitz.

— Das Ministerium des Inneren erläßt folgende Bekanntmachung: Zum Gebrauche böhmischer oder sächsischer Heilquellen sind aus den Mitteln der unter Verwaltung des Ministeriums des Inneren stehenden Sächsischen Stiftung zum 26. Juli 1811 an arme Kranke auch für das laufende Jahr eine Anzahl Unterstüßungsgesuche sind längstens bis Ende März dieses Jahres einzubringen. Zu Begründung eines solchen Gesuches sind erforderlich: a. ein ärztliches Zeugniß, welches eine kurze Krankengeschichte enthalten und die Nothwendigkeit des Kurgebrauchs unter Angabe des betreffenden Kurorts nachweisen muß. Hat ein dergleichen Kurgebrauch schon früher stattgefunden, so sind die Zeit und der Erfolg desselben anzugeben, b. der Nachweis der sächsischen Staatsangehörigkeit des Kranken, c. eine amtlich bestätigte Angabe des Alters, der Familien-, Berufs-, Vermögens- und sonstigen Verhältnissen des Kranken, woraus ersichtlich sein muß, daß der Kranke nicht in der Lage ist, die ihm ärztlich verordnete Kur ohne besondere Unterstützung zu gebrauchen. Gesuchsteller, welche die rechtzeitige Vorbringung dieser Nachweise unterlassen oder ihre Gesuche überhaupt verspäten, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn dieselben unberücksichtigt bleiben müssen. Gesuchstellern, welche bereits wiederholt unterstützt wurden, kann keine Aussicht auf abermalige Berücksichtigung eröffnet werden.

— In der Uniformirung der sächsischen Landgendarmarie sollen vom 1. April d. J. ab mehrere Neuerungen eingeführt werden, welche besonders die Abzeichen der Obergendarmen betreffen.

* Großenhain, 12. Januar. In der heutigen Sitzung beschloß der Bezirksausschuß in Folge einer Verordnung der Kgl. Kreishauptmannschaft zu Dresden betreffs des Mindestbetrags der Gebühr für Trichinenschau, sich dem von dem Bezirksstierarzt abgegebenen Gutachten in der Hauptsache anzuschließen und für die Beibehaltung des gesetzlich bestimmten Minimums auszusprechen, insbesondere auch für die allgemeine Einführung des Bezirkszwanges zu erklären. Der Bezirksausschuß genehmigte: den Beschluß des Gemeinderaths zu Neppis über theilweise andere Eintheilung der Klassen für die Wahl der Ausschussspersonen und den Beschluß des Gemeinderaths zu Glaubitz über den Ort der künftigen Anbringung des Ausbängekastens für öffentliche Bekanntmachungen, gleichwie der Beschluß des Gemeinderaths zu Meßsen über Abänderung des Modus bei Ausbringung der Gemeinde- und Armenanlagen, sowie des Nachwächtergeldes, unter Zurückweisung des gegen den Beschluß erhobenen Einwandes genehmigt wurde. Zu den in Bezug auf die Cassenverwaltungen und Ortsentnahmen in der Gemeinde Glaubitz mit Sageritz und Langenberg gefaßten, die §§. 6 und 7 des Ortsstatuts für Glaubitz zc. abändernden Beschlüssen wurde Genehmigung erteilt. Den von dem Gemeinderathe zu Kleinortschütz in Bezug auf das Halten von Tauben getroffenen ortstatutarischen Festsetzungen wurde die Genehmigung verweigert, da die gedachten Vorschriften wegen ihrer in die Privateigenthumsverhältnisse tief einschneidenden Tragweite und ihres allgemeinen Charakters zur Einführung im Wege des Localstatuts bez. des örtlichen Regulativs sich nicht eignen. Von dem Bezirksausschuß wurde in Rücksicht auf ein von dem Gemeinderathe zu Münchritz gestelltes Gesuch beschlossen, sich gegen die Ausscheidung der Gemeinde Münchritz aus dem Standesamtsbezirk Glaubitz zc. und gegen die Bildung eines eignen Standesamtsbezirks Münchritz auszusprechen. Concessionen wurden erteilt: dem Friedrich Moritz Raule zu Glaubitz zum Kleinhandel mit Branntwein, Spiritus und Spirituosen, dem Gasthofbesitzer Christian Gottlieb Hermann Patig zu Weida zum Ausspannen und Krippensegen, dem Gasthofbesitzer Ernst Arthur Sicker zu Lenz zum Krippensegen, dem Friedrich Wolf zu Bärnsdorf zum Bier- und Branntweinschank im Restaurationsgrundstück in der Paltschelle Bärnsdorf, bez. bedingungsweise: dem Otto Emil Hantschel zu Böhla b./D. zur Betreibung der Gastwirthschaft mit Branntweinschank, sowie zum Ausspannen und Krippensegen in dem auf Kraußnitzer Flur zu erbauenden Wohnhause und dem Heinrich Krebschmar zu Quersa